

## PRESSEMITTEILUNG

### **100 weitere Grundwassermessstellen in Mecklenburg-Vorpommern bis 2021**

Die vier Staatlichen Ämter für Landwirtschaft und Umwelt des Landes verdichten derzeit durch den Neubau von Grundwassermessstellen das Netz zur Bestimmung von Menge und Güte des Grundwassers in Mecklenburg-Vorpommern.

Heute (29. Oktober) besichtigte Umweltminister Dr. Till Backhaus bei Neukalen den Bau einer solchen Messstelle im Bereich des Staatlichen Amtes für Landwirtschaft und Umwelt Mecklenburgische Seeplatte (StALU MS).

Warsow ist die erste von 31 neu zu bauenden Messstellen des StALU MS. Landesweit sollen 100 Messstellen bis 2021 zusätzlich eingerichtet werden. Seit 2017 sind 42 Messpunkte neu geschaffen worden, 36 sind derzeit in Bau oder in Planung.

„Mit dem aktuellen Neubauprogramm wird bis zum Jahre 2021 die Grundwassermessstellendichte in MV von 12 auf 17 Messstellen pro 1.000 km<sup>2</sup> deutlich erhöht“, sagte Minister Backhaus. „Bei der nächsten Bewertung der Grundwasserkörper gegenüber der EU im Jahre 2020 werden so erheblich mehr Stützstellen herangezogen werden können, als sechs Jahre zuvor“.

Das vorhandene Netz, das im Wesentlichen schon zu DDR-Zeiten bestand, reichte nach Einschätzung der Experten des gewässerkundlichen Landesdienstes bisher aus, um in Umsetzung der EU-Wasserrahmen-Richtlinie die Entwicklung der Güte der Grundwasserkörper bewerten zu können. 2014 waren von den 53 an die EU zu meldenden Grundwasserkörper 11 auf Grund der Nitratbelastungen als im chemisch schlechten Zustand bewertet worden.

Nach der neuen Düngeverordnung muss Mecklenburg-Vorpommern jedoch für die schlecht eingestuften Grundwasserkörper der Landwirtschaft zusätzliche

# LM

Schwerin, 29. Oktober 2018

Nummer: 386/2018

Ministerium für  
Landwirtschaft und Umwelt  
Mecklenburg-Vorpommern  
Paulshöher Weg 1  
19061 Schwerin  
Telefon: 0385 588-6003  
Telefax: 0385 588-6022  
E-Mail: [m.plothe@lm.mv-regierung.de](mailto:m.plothe@lm.mv-regierung.de)  
Internet: [www.lm.mv-regierung.de](http://www.lm.mv-regierung.de)

V. i. S. d. P.: Martina Plothe

Auflagen erteilen. Damit muss auf Grundlage des Messnetzes Ordnungsrecht vollzogen werden. Unter diesem Gesichtspunkt sind die Messstellen räumlich nicht optimal verteilt.

Das Neubauprogramm bis 2021 ist nur ein erster Schritt. „Um das Niveau der Nachbarländer Niedersachsen und Brandenburg zu erreichen, die derzeit auf 21 Messstellen auf 1000 km<sup>2</sup> kommen, sind weitere 100 Messstellen erforderlich. Deshalb sind auch in den Folgejahren erhebliche finanzielle und personelle Anstrengungen erforderlich“, sagte Backhaus.